

Irland

BRIGID LAFFAN

Das irische Referendum zum Vertrag von Nizza war das alles überragende Thema des letzten Jahres. Irland war das einzige Mitgliedsland, das aus verfassungsrechtlichen Gründen über den Vertrag eine Volksabstimmung abhielt. Alle bisherigen irischen Volksabstimmungen über die EU, diese war die fünfte seit 1972, ergaben eine komfortable Mehrheit zu Gunsten der EU, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Am 7. Juni stimmten die irischen Wähler mit 53,87 zu 46,13 Prozent gegen den Vertrag von Nizza. Die sehr niedrige Wahlbeteiligung lag bei 34,8 Prozent und war damit die niedrigste Wahlbeteiligung, die bei einem EU-Referendum jemals gemessen wurde. Die Abstimmung zum Vertrag von Amsterdam 1998 hatte mit 38 Prozent den bisher größten Anteil an Nein-Stimmen erbracht.

Das Ergebnis des Referendums

Das Ergebnis des Referendums war eine schwere Niederlage für die Regierung und für alle tragenden gesellschaftlichen Kräfte, die den Vertrag gutgeheißen hatten. Irlands konstruktive und gemeinschaftsfreundliche Rolle in Europa wurde damit in Frage gestellt. Sowohl das Verhältnis zur EU, wie zu den anderen Mitgliedern und den Beitrittskandidaten wurde dadurch belastet. Innenpolitisch setzte eine Debatte über die europapolitische Zukunft ein. Trotz der Niederlage kann aber nicht von einem dramatischen Wandel der Einstellung der Wählerschaft gesprochen werden. Denn obwohl der prozentuale Anteil an Nein-Stimmen verglichen mit 1998 um über 15 Prozentpunkte anstieg, nahm die absolute Zahl der Nein-Stimmen ab. Das Referendum wurde damit vor allem von den Nichtwählern entschieden. Die Europabefürworter waren diesmal zu Hause geblieben.¹ Unabhängig vom Zustandekommen des Ergebnisses steht die Regierung vor dem Scherbenhaufen ihrer Europapolitik und muss sich nun der Herausforderung stellen, innenpolitisch wie auf europäischer Ebene, ihre Politik neu zu bestimmen.

Der Wahlkampf

Die Wahlkampfführung stand unter dem Eindruck des so genannten McKenna-Urteils des Obersten Gerichtshofs, das die einseitige Verwendung von öffentlichen Mitteln in einem Referendum untersagte und damit der Regierung die Möglichkeit nahm, mit Steuergeldern für ihre Politik zu werben. Die großen Parteien mussten damit ihre Unterstützung für den Vertrag von Nizza aus eigener Tasche bezahlen. In Erwartung der Wahlen Ende 2001/Anfang 2002 zeigten die Parteien, die keine

staatliche Wahlkampfkostenhilfe erhalten, wenig Neigung, größere Summen in das Referendum zu investieren.

Zweifelloos gewann die Nein-Seite nicht zufällig, sondern wegen ihrer engagierteren und besser organisierten Kampagne. Es gab erheblich mehr und zum Teil wesentlich größere Plakate, die zur Stimmabgabe gegen Nizza aufriefen, als Plakate, die für die Zustimmung warben. Europäische Pflingsturlauber vom Festland erlebten in urbanen Gegenden eine überwältigende anti-europäische Plakatierung. Die Nein-Seite hatte einfache und klare Botschaften: „You will loose! Money – Power – Freedom“, „Don't Give Europe Total Control“ oder „No to Nice! No to NATO“. Die Vertragsgegner entschieden den Kampf der Begriffe eindeutig für sich. Sie wiederholten Begriffe wie „Superstaat“ und „Militarisierung“, ohne dass ihnen widersprochen wurde. Ihre Strategie beruhte darauf, die Angst und die Unsicherheit der Bürger auszunutzen. Getragen wurde die Kampagne der Nizzagegner von vielen, sehr heterogenen Gruppen, die unterschiedlichste Aspekte der EU bekämpften. So schloss die Front der Nizzagegner auf der Rechten konservative katholische Kräfte und Sinn Fein, auf der Linken Grüne, Pazifisten und Dritte-Welt-Aktivisten ein. Im Gegensatz zu früheren Volksabstimmungen wurden sie von angesehenen Persönlichkeiten unterstützt, die beispielsweise besorgt über die wachsende legislative Rolle der EU bei schwindendem Einfluss des irischen Parlaments waren.

Im Gegensatz dazu ließ die Ja-Seite visionäres und überzeugtes Engagement vermissen. Ihr gelang es nicht, das europafreundliche Wählerpotenzial früherer Abstimmungen zu mobilisieren. Die Öffentlichkeit nahm sowohl den frühen Termin des Referendums – die Ratifizierung muss erst bis Ende 2002 erfolgen – wie die kurze, nur dreiwöchige Dauer des Wahlkampfes schlecht auf. Außer dem Außenminister und dem Ministerpräsidenten beteiligten sich die Regierungsmitglieder wenig an der Debatte, da ein positives Ergebnis selbstverständlich schien. Die etablierten Oppositionsparteien befürworteten zwar den Vertrag, beteiligten sich aber nicht am Wahlkampf. Die Ja-Seite wurde so gerechtfertigter Weise als Teil eines müden Establishments ohne Bezug zur Öffentlichkeit karikiert.

Die Themen

Die kurze Dauer des Wahlkampfes führte zu einem polarisierenden Schlagabtausch und verhinderte eine abwägende und offene Diskussion. In der Kampagne spielten die Themen Souveränität, Vormachtstellung der großen Mitgliedstaaten, Demokratiedefizit, Neutralität und Erweiterung die dominierende Rolle. In der Vergangenheit hatte die irische Wählerschaft in wirtschaftlichen Schlüsselfragen, wie dem Euro, bereitwillig Souveränität an die europäische Ebene abgegeben. Während des Referendums zeigte sich aber, dass diese Bereitschaft einer wachsenden Sorge um Autonomie und Souveränität Platz machen musste.

Die Frage der Souveränität verband sich mit der Frage nach der institutionellen Repräsentation in den europäischen Entscheidungsprozessen. Drei Themen wurden besonders oft aufgegriffen. Einmal wurde der Verlust des automatischen Rechts auf einen Kommissar nach dem Beitritt des 27-ten EU-Mitglieds als ernste Schwä-

chung der irischen Position im europäischen Institutionengefüge angesehen. Der Tatsache, dass die großen Staaten ihr Recht auf einen zweiten Kommissar aufgaben, kam ebenso wenig zur Sprache wie die Zustimmung der großen Staaten zu einer Rotation auf gleichrangiger Basis. Der Punkt erschien so in der Debatte unter dem Schlagwort „Verlust unseres Mannes/unserer Frau in Brüssel“. Zum zweiten wurde die Neugewichtung der Stimmen im Rat zu Gunsten der großen Staaten als ungerechtfertigte Stärkung der Position der großen Vier, besonders der deutsch-französischen Achse interpretiert. Und zum dritten sah sich Irland durch die Veränderungen bei der verstärkten Zusammenarbeit benachteiligt, da es sich in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten eher zu der Gruppe der Nachzügler rechnete. Die Kombination von Ausweitung der qualifizierten Mehrheit und Vereinfachung der Flexibilisierung wurde als Bruch mit der Gleichrangigkeit der Staaten gewertet, die als essentielle Grundlage der europäischen Verträge betrachtet wurde.

Die Diskussion um Souveränität und Autonomie spitzte sich im Disput zwischen dem irischen Finanzminister auf der einen Seite und der Kommission und dem Ecofin-Rat auf der anderen zu. Irland erhielt als erstes Land nach den Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine Rüge wegen seiner Budgetpolitik, die als inflationstreibend bezeichnet wurde. Irland sah dies als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten an und bewerte seine Budgetpolitik nach Jahren dynamischen Wachstums als angemessen. Die Inflation wurde vielmehr auf die Auswirkungen des niedrigen Außenwerts des Euro zurückgeführt.

Die Aufstellung der Krisenreaktionskräfte und die Beteiligung irischer Truppen war ein weiterer zentraler Punkt der Debatte. Immer wieder tauchte das Schlagwort von der Militarisierung der EU auf. Die Krisenreaktionskräfte verstand man als Gefahr für die irische Neutralität und als verdeckten Beitritt zur NATO. Die in der Bevölkerung akzeptierten friedenserhaltenden Einsätze unter der Kontrolle der UNO würden schon bald durch regional geführte, friedensstiftende Einsätze abgelöst werden, so die Befürchtung. Der Argumentation der Regierung, die Entscheidung über konkrete Truppenbeteiligungen unter irischer Kontrolle zu behalten und auf Einsätze mit UN-Mandat zu beschränken, wurde wenig Glauben geschenkt, da die Regierung Zusagen im Zusammenhang mit dem ebenfalls argwöhnisch beobachteten Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden nicht eingehalten hatte. Die Reaktion der Iren auf dieses Thema erklärt sich aus zwei Punkten. Zum einen fühlen sich die Iren durch ihre geographische Insellage nicht bedroht. Zum anderen sehen viele Iren in der UNO die sicherheitspolitische Institution für den Weltfrieden und stehen der europäischen Rüstungsindustrie äußerst skeptisch gegenüber.

Das Hauptargument der Vertragsbefürworter war die Erweiterung, doch wurde sie nur unter dem Schlagwort der moralischen Verpflichtung für die ärmeren Länder Mittel- und Osteuropas propagiert. Die langfristigen positiven Auswirkungen der Erweiterung für Irland selbst fanden keine Erwähnung. Die Vertragsgegner wollten sich nicht direkt gegen die Erweiterung aussprechen und behaupteten vielmehr, dass diese auch ohne Nizza möglich sei. Dennoch stimmten viele aus Furcht vor einem Anstieg der Einwanderung und aus Angst vor tief greifenden Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik gegen den Vertrag. So votierten die Landwirte dagegen

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

oder blieben zu Hause. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hatte sich die Stellung Irlands in der EU verändert.² Aus dem armen, kleinen und peripheren Nettoempfänger mit wenig Interesse an militärischen Verpflichtungen und starken Interesse an Schutz für die heimische Landwirtschaft war ein selbstbewusstes Mitgliedsland geworden, das seine Interessen und Vorstellungen offensiv vertreten wollte. Reden von Regierungsmitgliedern zur irischer Interessenvertretung in Europa und die Ablehnung einer Europavorstellung nach dem Muster der Vereinigten Staaten standen für diesen Trend.³

Die Folgen von Nizza

Unter der massiven Aufmerksamkeit der europäischen Medien sah sich die Regierung nach dem Referendum in einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite musste sie nach außen den Bestand des Vertrags von Nizza und die Einhaltung des Fahrplans zur Erweiterung betonen, auf der anderen Seite durfte nach innen nicht der Eindruck entstehen, dass das Wählervotum einfach ignoriert würde. Auf dem Europäischen Rat von Göteborg wurde deutlich, dass Irland weder Nachverhandlungen verlangen würde, noch angeboten bekäme. Die irische Regierung kündigte für den Herbst 2001 die Einrichtung eines nationalen Forums zu Europa an, um ein zweites Referendum vorzubereiten, denn ohne die Zustimmung der Iren kann der Vertrag von Nizza nicht in Kraft treten. Wahrscheinlich wird die irische Regierung dieses Referendum im Frühherbst 2002 abhalten wollen, da dann alle anderen Mitgliedsländer der Vertrag bereits ratifiziert haben werden und sich so der Druck auf die Wählerschaft erhöht. Um das zweite Referendum unter einer neuen Fragestellung abhalten zu können, könnte die irische Regierung ihre europäischen Partner um ein zusätzliches Protokoll bitten, wahrscheinlich zum Bereich der Sicherheitspolitik.

Die Erweiterung ist für Europa ein zu wichtiges Thema, als dass sie am Abstimmungsverhalten der Iren scheitern könnte, doch zeigt das Nein der Iren zu Nizza die wachsende Kluft zwischen den europäischen Eliten und den Völkern Europas.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

1. Sinnott R. und Thomsen S., *The Irish Times*, 23. Juni 2001.
2. Laffan 2001.
3. Harney M., 21. Juli 2000; de Valera S., 18. September 2000.

Weiterführende Literatur

De Valera, S. (Kulturminister): Rede vor dem Boston College am 18. September 2000.

Harney M. (stellvertretender Ministerpräsident): Rede vor einer Versammlung der American Bar Association, Dublin am 21. Juli.

Laffan B.: *Organising for a Changing Europe: Irish Central Government in the European Union*, Dublin: Trinity College, Policy Institute Blue Paper, Nr. 7, 2001.